

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt kostet wöchentlich 20 Pf. monatlich 60 Pf. vierteljährlich 1.80 Mark. Halbjährlich 3.20 Mark. Einmalig 5.00 Mark. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 40 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 30 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 25 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 15 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 12 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 8 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 6 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 4 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 3 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 2 Pf. pro Exemplar. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 1 Pf. pro Exemplar.

Abdruckrechte vorbehalten. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 197

Donnerstag, den 24. August 1922

17. Jahrgang

Der Schlüssel zur französischen Politik.

Was wird Frankreich unternehmen, wird es das Ruhrgebiet besetzen oder nicht? Das ist die Frage, die heute das deutsche Volk und die ganze Welt beschäftigt. Wir müssen auf das Schlimmste gefaßt sein. Denn nicht nur Haß und Vernichtungswille treiben Poincaré, sondern auch ein wirtschaftlicher und politischer Machtverlangen, welcher nach der Beherrschung von ganz Europa strebt. Hinter Poincaré steht als Einpeitscher Schneider-Creusot, der französische Krupp und Führer der stärksten industriellen Vereinigung in Frankreich, des Eisentrusts (Comité des Forges), welcher mit der Pariser Unions-Bank zusammen arbeitet. Schneider, der Kohlenruhr und der Chemische Trust sind es, welche die französische Politik gegenüber Deutschland machen. Auch der französische Botschafter in Berlin Charles Laurent gehört zu den Leitern dieser Trusts, und das bedeutet ein amtliches Eingeständnis, daß die französische Politik maßgebend beeinflusst, wie sie auch einen großen Teil der Pariser Presse beherrscht. Mit Hilfe dieser Presse haben sie im Jahre 1913 Poincaré zum Präsidenten der Republik und nach seiner Bewählung als Kriegsmacher sehr wieder zum Ministerpräsidenten gemacht.

Nationale Eitelkeit und überkommener Haß gegen Deutschland müssen diesem industriellen Imperialismus, welcher der französischen Regierung die Hand führt, Vorspannleistungen leisten. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages dienen vor allem der französischen Industrie. Die Eroberung von Elsas-Lothringen und die wirtschaftliche Trennung Luxemburgs vom Reich nahmen den Deutschen und gab den Franzosen reiche Erzgruben; der gefährliche Wettbewerb der Webwarenindustrie Elsas-Lothringens mit den französischen Fabriken wurde zugleich dadurch abgemildert, daß erstere fünf Jahre lang Garn und Webwaren zollfrei nach Deutschland ausführen können. Die Ausbeutung der Saargruben kommt der französischen Metallindustrie zugute. Die geringe Eignung der Saarlothe zu Gießereifloß wird durch die erzwungene Lieferung von Ruhrkohle ausgeglichen. Die unbegrenzte Besetzung des Rheinlandes und die Ausnutzung des Ruhrreviers bringt der französischen Metall- und Kohlenindustrie viel mehr Nutzen, als die etwaige Erzeugung harter Zahlungen von Deutschland. So ist bei allem Frankreichs industrielle Vormachtstellung das Ziel. Die erstrebte Zollschranke längs des Rheins soll das linke Rheinufer zum Absatzgebiete für die überflüssige Warenzeugung Frankreichs machen. Daher muß irgend eine politische Umgestaltung des Versailler Vertrages mit Frankreich bewirkt werden. Poincarés Bestehen auf jeder unerfüllbaren Vorschrift des Versailler Vertrages soll immer neue Zwangsmaßnahmen zugunsten seiner Auftraggeber, der französischen Schwerindustriellen, ermöglichen.

Aus demselben Grunde hat die französische Politik für Abtrennung des ober-schlesischen Industriegebietes gefordert, in das sofort französisches Industriekapital einströmt, um die ober-schlesischen Gruben und Häfen französischem Einfluß zu unterwerfen. Auf den polnischen Weisfeldern Galiziens herrscht französisches Geld schon lange. Auch in der Tschecoslowakei erwarben die Franzosen wichtige Werke, z. B. Schneider-Creusot die Stoba-Metalwerke, welche während des Krieges mit Krupp zusammen arbeiteten. Auch in Rumänien und Südrussland arbeiten französische Industrielle. Und sie hoffen auch, von den Randstaaten aus den Wiederaufbau von Rußland in die Hand zu bekommen. Und das als Monopol. Darum sabotiert die französische Politik ein gemeinsames Abkommen mit der Sowjetrepublik. So strebt die französische Schwerindustrie die Herrschaft über den Kontinent an, und die französische Politik unterstützt sie in jeder Weise. Das Kriegsbündnis mit Belgien, der Militär- und Handelsvertrag mit Polen, der Handelsvertrag mit Dänemark — letztere beide bedeuten zugleich die Beherrschung der Zugänge nach Rußland! — die Förderung der Kleinen Orient dienen dem Zwecke der französischen Großindustrie ebenso, wie die Vereinfachung der schwarzen Franzosen zur Besetzung des Ruhrgebietes.

Daß England dieser Eroberung von Europa durch die französische Industrie anheimelnd so ruhig zusieht, beweist, wie schwach es sich gegenüber den Franzosen fühlt; denn alle Vorteile im Orient aus den verschiedenen Abkommen mit den Franzosen, in welchen es Deutschland immer von neuem preisgab, können die wirtschaftliche Beherrschung Europas durch Frankreich nicht ersetzen aufwiegen. Nur mühsam hindert England von Fall zu Fall die französischen Truppen am endlichen Einbruch ins Ruhrgebiet. Frankreich aber hat

den Misserfolg aller bisherigen Wiederaufbau-Konferenzen erreicht, denn es will Europa nicht aufbauen, sondern ausbeuten und zu diesem Zwecke militärisch beherrschen. Diese Politik Frankreichs aber führt zum Ruin Deutschlands und Europas und somit auch zum Ruin Frankreichs.

Verlauf der Verhandlungen mit Bradbury und Maucière.

Gerücheweise verlautet, daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der Reparationskommission einen ungünstigen Verlauf nähmen. Tatsache ist, daß die Herren Bradbury und Maucière bisher sehr unrichtige Vorschläge nicht gemacht haben und daß über die sogenannten produktiven Pfänder, welche nach den Londoner Forderungen des französischen Ministerpräsidenten die Voraussetzung für die Gewährung eines kurzen Moratoriums an Deutschland sein sollen, zwischen den deutschen und französischen Unterhändlern gar nicht gesprochen worden ist. Wenn die Bevollmächtigten der Reparationskommission keinen anderen Auftrag erhalten hätten, als der deutschen Regierung lediglich jene Forderungen nach produktiven Pfändern zu unterbreiten, dann wäre die Situation allerdings von vornherein klar gewesen. Das Zugeständnis solcher produktiven Pfänder wäre für die deutsche Regierung unmöglich, und auch der beste Wille, über die Grundlagen für ein Moratorium zu einer Verständigung zu gelangen, findet seine Grenze in der innerpolitischen Tragweite der Zugeständnisse an die Reparationskommission. Aber die Herren Bradbury und Maucière haben so formulierte und weitgehende Forderungen nicht gestellt; auch sind von deutscher Seite keine Gegenvorschläge gemacht worden. Die bisherigen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission sind anscheinend über eine allgemeine Erörterung des Reparationsproblems, der deutschen Finanzlage, der Kohlen- und Holzlieferung und des Clearingverfahrens nicht hinausgekommen. Es liegt daher vorläufig kein Grund vor, den weiteren Verhandlungen eine optimistische oder pessimistische Prognose zu stellen.

In einer Chefbesprechung, welche unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers stattgefunden hat, sind die bisherigen Ergebnisse der Konferenz erörtert worden.

Amerika hilft nicht, solange Deutschland

Unmögliches leisten soll.

Die Information veröffentlicht eine Unterredung mit dem amerikanischen Bankier W. B. E. W. in welcher dieser u. a. sagte: Es ist offensichtlich, daß Deutschland die Summen, welche man von ihm verlangt, nicht zahlen kann. Was der Sturz der Mark freiwillig sein oder nicht, Deutschland nähert sich dem Augenblick, wo es die Kosten dafür bezahlen muß. Es ist vom finanziellen Zusammenbruch bedroht. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage ist begreiflich, aber wenn es viel verlangt, läuft es Gefahr, wenig zu erhalten. Im Juni dieses Jahres waren die Aussichten für die Unterbringung einer bedeutenden internationalen Anleihe auf dem amerikanischen Markt verhältnismäßig günstig. Frankreich hätte einen Teil davon bekommen können. Aber es war unmöglich, Deutschland einen Kredit zu gewähren, solange unter seinen finanziellen Lasten die Reparationen mit 132 Milliarden Mark stehen. Heute sind die Aussichten viel schlechter, denn der Niedergang der Mark hat die Lage Deutschlands erschwert.

Wanderlich sprach dann von den internationalen Schulden und erklärte: Amerika nimmt die Haltung Europas sehr ungünstig auf; denn die Erörterung, welche bezüglich der Schulden in Europa begonnen hat, bezweifelt den amerikanischen Materialismus. Außerdem haben die europäischen Nationen mit Ausnahme von England in ihren Budgets nichts über die Rückzahlung ihrer Schulden an Amerika vorgesehen. Ich sehe daher im Augenblick kein Hilfsmittel für Europa.

Die Kartoffelversorgung zum Winter.

Vielen Hausfrauen hat im vergangenen Winter die Veranschaffung von Kartoffeln schwere Sorgen gemacht. Insbesondere herrschte in den großen Städten während des Eisenbahnstreiks und in den Wochen darnach großer Mangel, weil es im vergangenen Herbst nicht möglich gewesen war, die erforderlichen Wintervorräte in genügender Menge zu den Hauptverbrauchsgebieten heranzuführen. Wir wissen, daß im vorigen Herbst die Kartoffelverfügbarkeit nicht in der zwar nicht allmählichen aber doch ausreichenden Kartoffelernte lag, sondern in

der technischen Unmöglichkeit, die Kartoffeltransporte rechtzeitig zu bewältigen. Ohne daß man heute schon Bestimmtes sagen kann, verspricht doch die diesjährige Kartoffelernte einen zum Teil wesentlich günstigeren Ausfall als im vergangenen Jahre; dies fällt besonders für die Rheinprovinz und Westfalen ins Gewicht, wo im vorigen Jahre aus der britischen Erzeugung nur 5 Prozent des Kartoffelbedarfs gedeckt werden konnten. Der Antransport der übrigen 95 Prozent belastete deshalb die Eisenbahn besonders, weil er meist von Ostpreußen und Pommern her, also über außerordentlich lange Strecken, erfolgen mußte, wie ja die gesamte Bewegung der Kartoffeltransporte von Osten und Nordosten nach Mitteldeutschland und dem Westen zu geht. Für dieses Jahr rechnet man mit einer Eigenerzeugung der Rheinprovinz von 15 Prozent, so daß nur 85 Prozent zugeführt zu werden brauchen. Der zu erwartende günstigerer Ernteausschlag bedeutet also schon eine bedeutende Erleichterung der Kartoffelversorgung.

Um darüber hinaus jetzt schon den erforderlichen Kartoffeltransport im Herbst sicherzustellen, haben sich kürzlich in einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium Vertreter der beteiligten Ministerien, der Hamburger und Kasseler Konsumvereine, der Gewerkschaften und der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen über die notwendigen Maßnahmen geeinigt. Der Kartoffeltransport stellt an das Reichsverkehrsministerium ungeheure Anforderungen. Die Vorräte der Bahn an Kohlen sind sehr gering; die Bahn wird im Herbst im größeren Umfang als im Vorjahre Kohlen bestücken müssen, wenn nicht die Streiks auf den Wasserstraßen aufhören. Darum sind bereits jetzt die Eisenbahnrestriktionen angewiesen, auf den Verladebahnhöfen die Vorkarbeiten zu leisten durch Instandsetzung der Anfahrtswege und der Enladevorrichtungen. Die Herstellung von mechanischen Enladevorrichtungen, welche von Erzeugern und Verbrauchern gefordert wurden, wird allerdings wegen der schlechten Finanzlage der Reichsverkehrsverwaltung nicht möglich sein. Die Kartoffelversorgung soll im Herbst unter allen Umständen durchgeführt werden unter Zurschiffung aller übrigen Transportmittel. Eine Verkehrsperre während dieser Zeit hofft man vermeiden zu können. Sie wäre nur eine Maßnahme der äußersten Not. Denn zum Teil fällt ja auch durch die diesjährige Ernte die Ablieferung des Um-lagegetreides zeitlich mit dem Kartoffeltransport zusammen; eine Verkehrsperre würde dann eine außerordentliche Preissteigerung des freien Getreides bewirken. Eine gewisse Entlastung des Güterverkehrs im September und Oktober wird wohl auch die Erhöhung der Gültertarife am 1. September bringen.

Ein Teil der Verbrauchervertreter will nach Abschluß der Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft dem Reichsverkehrsminister einen Plan über die erforderlichen Kartoffeltransporte vorlegen. In ähnlicher Weise wird voraussichtlich auch der übrige Handel vorarbeiten. Im übrigen will das Reichsverkehrsministerium Maßnahmen gegen den wilden Handel treffen, welche hoffentlich diesmal im Sinne einer Verhinderung unregelmäßiger Preissteigerungen wirksam werden. Bleiben die Ernteaussichten so wie bisher, werden die getroffenen Vereinbarungen von allen Seiten eingehalten und halten sich vor allem auch die Verbraucher von übermäßigen Ankäufen zurück, dann dürfte sich in diesem Jahr die Kartoffelversorgung besser und glatter abwickeln als im Vorjahre.

Das Volksbegehren vor dem Landtag.

Verweisung des Volksbegehrens und des Antrages Krug an den Rechtsausschuß.

Die gestrige Zwischentagung des Landtages gestaltete sich wegen der wichtigen Tagesordnung zu einem parlamentarischen großen Tage. Die öffentlichen Tribünen waren alle voll besetzt.

Präsident Fräßdorf begründet, warum er den Landtag sechs Tage früher als ursprünglich angenommen, einberufen habe. Er verweist auf die inzwischen notwendig gewordenen Vorlage auf Erhöhung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne. Durch Reichsgesetz sei diese Angelegenheit zwar seitdem erledigt worden, trotzdem habe er die frühere Aenderungsberatung nicht mehr rückgängig machen wollen. Die Vorlage 158 (Volksbegehren) und den Antrag Krug (Sop.) auf beschränkte Aufhebung des Landtages werde er zur gemeinsamen Beratung stellen, weil beide dem gleichen Ziele zustrebten, und zwar in erster Beratung (Widerpruch rechts). Beide Vorlagen müssen nach der Verfassung in Ausschussberatung genommen werden.

Abg. Bläser (D. Sp.): Die Beratung der Vorlage 158 und der Antrag Krug haben nichts miteinander zu tun. Eine Verweisung an den Ausschuss hat nach Lage der Sache gar